

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

44. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Juni 2002, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)

Stellv. Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

i. V. von Arno Jahner

Siegfried Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Helga Kleiner (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Andreas Beran (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Landespflegegesetzes	4
Gesetzentwurf der Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege Drucksache 15/1670	
2. Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1175	
3. Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1565	
hierzu: Umdrucke 15/2002, 15/2045	
4. Gesundheitssituation der Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein	7
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1694	
5. Bericht der Landesregierung über die aktuellen Ergebnisse des Krebsregisters	8
Berichterstatter: Herr Dr. Katalinic, Leiter der Registerstelle des Krebsregisters für Schleswig-Holstein	
6. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2002	10
hierzu: Umdruck 15/2170	
7. Verschiedenes	11

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Landespflegegesetzes

Gesetzentwurf der Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege
Drucksache 15/1670

(überwiesen am 20. März 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Sozialausschuss und den Eingabenausschuss)

Abg. Baasch führt aus, dass seine Fraktion dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses zur unveränderten Annahme des Gesetzentwurfs folge. Abg. Dr. Garg erklärt für seine Fraktion, dass diese die Beschlussvorlage sowie den Gesetzentwurf der Volksinitiative ablehne, weil in dieser Frage einer sachorientierten Politik der Vorzug gegeben werde. Die Abgeordneten Geerds und Kleiner signalisieren ihre Zustimmung zu der Beschlussvorlage. Abg. Birk führt aus, das Votum zu unterstützen, unterstreicht aber die Notwendigkeit einer weiteren interfraktionellen Zusammenarbeit zu diesem Thema.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Vertreterinnen und Vertretern der CDU beschließt der Ausschuss gegen die Stimme des Vertreters der FDP und bei Enthaltung eines Vertreters der CDU, sich dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Landespflegegesetzes, Drucksache 15/1670, zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1175

(überwiesen am 19. Oktober 2001)

Auf eine Frage von Abg. Hinrichsen ergänzt M Moser den vorliegenden Bericht und sagt, dass nunmehr im letzten Kreis eine Sozialstaffel vereinbart worden sei. Erfahrungen können daher noch nicht ausgewertet werden. Die zu erwartenden Zahlen geben allerdings keinen Anlass zu einer Änderung der Bewertung der Novellierung.

Abg. Höfs macht darauf aufmerksam, dass auftretende finanzielle Unterschiede auf die bestehenden Unterschiede in der Finanzierung der einzelnen Kreise zurückzuführen seien. Die Änderungen seien von den Eltern durchaus positiv aufgenommen worden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Bericht der Landesregierung über Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes, Drucksache 15/1175, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1565

hierzu: Umdrucke 15/2002, 15/2045

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Landesregierung über die Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1565, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Gesundheitssituation der Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1694

(überwiesen am 21. März 2002 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg zu alten Migrantinnen und Migranten verweist M Moser auf Ergebnisse im Rahmen der Erstellung des Landesaltenplans. Zum Aspekt der Gesundheit können vorhandene Daten und Informationen in die Diskussion eingebracht werden. Eine fundierte Erweiterung der schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage sei jedoch nicht möglich, da dieser Aspekt ursprünglich nicht gefragt war. Ähnliches gelte für den Bereich der Sucht.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, bezüglich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gesundheitssituation der Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1694, ebenso wie zum Integrationskonzept der Landesregierung am Donnerstag, dem 27. Juni 2002, eine Anhörung der kommunalen Landesverbände durchzuführen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Bericht der Landesregierung über die aktuellen Ergebnisse des Krebsregisters

Berichterstatter: Herr Dr. Katalinic, Leiter der Registerstelle des Krebsregisters für Schleswig-Holstein

Herr Dr. Katalinic berichtet anhand von Schaubildern, die dem Ausschuss mit Umdruck 15/2272 zur Verfügung gestellt werden, über die aktuellen Ergebnisse des Krebsregisters Schleswig-Holstein.

In Antwort auf eine Frage von Abg. Birk ergänzt Dr. Katalinic, dass es unter den Ärzten trotz der damit für sie verbundenen Mehrarbeit keine Ablehnung des Krebsregisters gebe. Durch die erfolgreiche Arbeit des Krebsregisters habe es hier eine Trendwende bei der Meinung in der Ärzteschaft gegeben. Es gebe erstmals Daten, die den Ärzten präsentiert werden können, auf deren Grundlage Handlungsbedarf abzuleiten sei, um die Betreuungs- und Behandlungsqualität zu verbessern. In einem weiteren Schritt sei auch eine Verbesserung der Patientenaufklärung geplant.

M Moser ergänzt, dass das Krebsregister Daten und wissenschaftliches Know-how zur Datenauswertung liefere, um den Kassen fundierte Entscheidungsgrundlagen zur Förderung der effizientesten Therapien zu geben. Ferner ermöglichten die Daten Hypothesenbildungen, an die wissenschaftliche Arbeiten geknüpft werden könnten.

Auch M Moser teile die von Abg. Birk geäußerte Hoffnung, dass durch die Arbeit des Krebsregisters die Ursachenforschung von Krebs vorangetrieben werde. Dies werde jedoch eine langfristige Arbeit sein, da es bei Krebserkrankungen - wenn überhaupt - nur in Ausnahmefällen eine Monokausalität der Ursachen gebe. Durch die regionalen Überblicke können öffentliche Gesundheitsdienste planen. Eine Aufklärung der Bevölkerung sei sinnvoll, weil diese die Bereitschaft zur Diagnostik und der namentlichen Meldung, die die Auswertung des Registers erleichtere, steigern.

Dr. Katalinic führt auf Anfrage des Vorsitzenden aus, dass das Krebsregister Schleswig-Holstein seine Daten an die am Robert-Koch-Institut in Berlin angesiedelte Dachdokumentation Krebs sende. Dort werde versucht, die Daten zu einem gesamtdeutschen Bild zusammenzu-

fügen. Noch gebe es allerdings wenige Krebsregister mit verlässlichen Daten. Vergleiche zwischen den Bundesländern seien daher schwierig.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2002

hierzu: Umdruck 15/2170

Der Ausschuss beschließt die aus Umdruck 15/2170 ersichtlichen Termine für das zweite Halbjahr 2002 mit folgender Änderung: Die gemeinsame Sitzung Finanzausschuss und Sozialausschuss (Haushaltsberatungen) findet am Mittwoch, dem 25. September 2002, statt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Korrekturwunsch von M Moser, im Protokoll der Sozialausschusssitzung vom 2. Mai 2002 zu Punkt 9 der Tagesordnung, Zukunft der integrativen Kindergärten, in der vorletzten Zeile des ersten Absatzes das Wort „bekämen“ durch das Wort „zahlten“ zu ersetzen, wird angenommen.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Kalinka

Stellv. Vorsitzender

gez. Klimkeit

Protokollführerin